Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. – Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 34 — Sonnabend, den 9. Februar 1924 — 19. Jahrgang

Die Illusion in der Politik.

Von Dr. Kaiz M. d. R.

Man sagt dem Deutschen mit einem gewissen Recht nach daß er in politischen Dingen oft Illusionist ist und die Dinge nicht so sieht wie sie sind, sondern so, wie er sie gern haben möchte. Daß dieser Illusionismus aber durchaus nicht nur auf deutschem Boden zu finden ist, dafür sind die beiden Männer Zeugen, die in letzter Zeit für immer von der politischen Bühne abgetreten sind: Wilson und Lenin. Man kann zweifelhaft sein welches die größte Illusion war: der Völkerbund, wie Wilson ihn sich dachte, oder der Weltsowjetstaat, von dem Lenin träumte; beiden gemeinsam ist es, daß sie namenloses Unglück über die Welt gebracht haben: Die Wilson'sche Idee über Deutschland, die eines Lenin über das russische Volk. Wilson war für das deutsche Volk am Ende des verlorenen Krieges die Illusion schlechthin. Spätere Zeiten werden es nicht verstehen wie das deutsche Volk hoffen konnte, daß derselbe Wilson, der den Krieg zu Ungunsten Deutschlands entschieden hatte, nun einen für Deutschland günstigen Frieden einleiten würde. Daß dieser Frieden zu einem derartig grauenhaften Verbrechen der Weltgeschichte unter Wilsons Mitwirkung wurde, war die Folge davon, daß Wilson seiner eigenen Illusion, dem Völkerbund zu liebe, Schritt für Schritt von seinen 14 Punkten abging um eben den Völkerbund zu retten, der von seinem eigenen Volke verworfen wurde. Niemals hat seit Menschengedenken die Illusion eines Staatsmannes in furchtbarer Tragik geendet als diese; auch nicht die eines Lenin, denn diese wirkte sich nicht einem fremden, schuldlosen, sondern dem eigenen Volke gegenüber aus, dessen Oberschicht aus einem erheblichen Teil die Verantwortung selbst mit trug an dem grausamen Schicksal, von dem sie betroffen wurde. Lenin selbst hatte zuletzt seine Illusion als solche erkannt. Es gibt kaum eine stärkere Ironie als die daß der Bolschewismus als Todfeind der Eigenwirtschaft und des Kapitalismus die Verbindung mit dem Kapitalismus des Westens suchte; um sich selbst zu erhalten, und niemand hat besser als Lenin selbst die innere Unmöglichkeit des ganz auf den Masseninstinkt abgestellten Bolschewismus kritisiert. Abseits der großen öffentlichen politischen Diskussion hat Lenin einmal in einem Briefe an einen Freund in Paris ein offenes Bekenntnis abgelegt, das seinen Weg dann in die Pariser russische Zeitung „La vie Russe" und von dort in den „Matin" gefunden hat. „Die Phasen der russischen Revolution haben mich gelehrt, weder im Klassenbewußtsein, noch im Instinkt der Massen den Trieb zur ersprießlichen Leistung zu suchen. Ich bin im Gegenteil zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Leistung auf Einzelpersönlichkeiten beruht, deren Wille und Kraft sich über das Niveau der Klasse erhebt. Wir haben einen schweren Fehler gemacht, so viel Gewicht auf den Massenbegriff zu legen und die Klassen als intellektuelle Organismen zu betrachten, fähig ihre Wünsche sofort und direkt zur Ausführung zu bringen. Eine Klasse in ihrer Gemeinsamkeit ist nichts anderes als Organismus aller Intelligenz beraubt, jeder persönlichen Initiative, jeder Fähigkeit zum Handeln. Sich selbst überlassen, wird die Klasse nur von ihrem Instinkt geleitet und dem Bewußtsein, ihre Interessen verteidigen zu müssen. Das aber kann nur Methoden zeitigen, die im besten Falle von Augenblickswert sind. Die Aktionen der Klassen entbehren ständig des gesunden Verstandes, weil sie keine Rücksichten auf spätere Erfordernisse und Ziele nehmen. Nur der starke Wille des Einzelindividuums und die Schöpferkraft des freien Intellekts können die noch fern liegenden Phasen des Kampfes erkennen. Diese Tatsache, der wichtigste Faktor des sozialen Lebens, ist uns entgangen, mir und meinen Kollegen."

Klarer und überzeugender, als Lenin dies hier tut, kann niemand die innere Unwahrhaftigkeit des Bolschewismus wie des Massenkultus auf der einen und die Bedeutung der richtigen Führerauslese auf der anderen Seite darlegen. Man kann unseren Kommunisten und allen denen, die in völliger Verkennung der Persönlichkeitswerte den Götzen der Masse anbeten, diese Erkenntnis des russischen Erzrevolutionärs nicht stark genug zu Gemüte führen. Das deutsche Volk ist auch in seinen kommunistischen Schichten trotz allem und alledem doch noch zu gut dazu, als daß es erst durch ein Meer von Blut und Tränen hindurch zu der Erkenntnis kommen sollte, daß auch auf deutschem Boden der Bolschewismus die gleiche grausame Illusion sein müßte, als die er sich in Rußland in fünfjähriger qualvoller Leidenszeit erwiesen hat.

Die Illusion hat während des Krieges und nach dem Kriege für das Schicksal des deutschen Volkes eine so vernichtende Wirkung ausgeübt, daß man nur hoffen kann unsere führenden Männer und unser Volk möchten sich endgültig von ihr frei machen. Es hat nichts Ehrenrühriges an sich, wenn man eine Illusion als solche erkennt, aber es ist Wahnsinn und Verbrechen zugleich, an einer erkannten Illusion festzuhalten. Es sind erfreuliche Anzeichen dafür vorhanden, daß sich hier im deutschen Volk ein Gesundungsprozeß vollzieht, aber wir werden uns hüten müssen, uns neuen Illusionen zugängig zu machen. Bis in die jüngste Zeit hinein haben doch recht viele von uns in dem Wahne gelebt, daß es nach einem verlorenen Weltkrieg möglich sei, weniger arbeiten, besser leben und alle schwebenden Projekte gerade jetzt durchführen zu können. Die Folgen dieses Irrwahns liegen deutlich zu Tage. Das Erwachen beginnt: für manche schmerzlich, aber für die Gesamtheit doch heilsam. Wir befinden uns in einem großen politischen und wirtschaftlichen Liquidationsprozeß. Auch jetzt werden Krieg und Revolution nicht von heute zu morgen restlos und endgültig liquidiert werden können, aber es ist schon viel gewonnen, wenn endlich einmal sichere Grundlagen für ein solches Liquidationsverfahren erkennbar werden.

Außenpolitisch berechtigen die Arbeiten des Sachverständigenausschusses zu der Hoffnung, daß den kommenden Entscheidungen ein besseres und objektiveres Material zu Grunde liegen wird, als seiner Zeit dem Londoner Ultimatum, den Konferenzen in Brüssel, in Cannes in Genua und in all den Orten, die nichts anderes für uns als Etappen zum letzten französischen Ziel gewesen sind. Innenpolitisch hat das Ermächtigungsgesetz manche Aufräumungsarbeiten ermöglicht, die schon seit langem bitter notwendig waren, und wirtschaftlich zeigt die Festigung der Währung zwar unsere ganze Armut, aber doch zugleich auch die Möglichkeit einer allmählichen Rückkehr zu normalem Wirtschaftsleben. Verhängnisvolle Illusion wäre es, diese Erscheinung anders als bescheidene Ansätze zu einer Gesundung zu werden und andere Schlußfolgerungen daraus zu ziehen als die die Anstrengungen, aus unserer inneren Schwäche uns zu befreien, zu verdoppeln. Ohne eine solche Selbstbefreiung von dem, was uns im Volks- und Staatsleben hemmt und lähmt, ist auch die Wiedererlangung der Freiheit nach außen nicht denkbar. Keine Zeit ist ungeeigneter, das Gegensätzliche, was in Staat und Wirtschaft bei uns immer bestehen wird, zu betonen und zu vertiefen. Der Kampf zwischen Bayern und dem Reich ist im gegenwärtigen Augenblick eine genau so große Sinnlosigkeit, wie die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. Der Gedanke, alle Kräfte der inneren und äußeren Freiheit unseres Volkes dienstbar zu machen, ist so zwingend und so groß, daß er über das politisch und wirtschaftlich Trennende hinweg die beherrschende Idee der deutschen Volksgemeinschaft werden muß. Ohne eine solche Volksgemeinschaft zum Ziele kommen zu wollen, wäre die letzte und verhängnisvollste Illusion des deutschen Volkes.

Konflikt zwischen Reichstag und Regierung.

Um die dritte Steuernotverordnung.

Im Fünfzehner-Ausschuß des Reichstages wurde die dritte Steuernotverordnung behandelt. Reichsfinanzminister Dr. Luther verbreitete sich über die Gründe, die zur Aufstellung der dritten Steuernotverordnung geführt haben. Er erklärte: Für die Länder und Gemeinden müssen weitere Einnahmequellen erschlossen werden; denn mit dem im Haushaltplan 1924 vorgesehenen Ueberweisungsbetrage und dem Aufkommen aus den bestehenden Landessteuern können Länder und Gemeinden nicht auskommen. Das einzige, was den Fehlbetrag zu decken vermag, ist eine besondere Art der Ausnutzung der Steuern vom Grundvermögen dergestalt, daß dadurch der Raum ausgenutzt werde, der in unserer Wirtschaft durch die künstliche Niederhaltung der Mieten entstanden ist. Diese Steuer wird das ganze deutsche Volk treffen, die Mieter sowohl wie die Wirtschaft. Da diese ganze Steuermöglichkeit den Ländern zur freien Ausnutzung überlassen wird, ist es unvermeidlich, daß auch die Aufgabenverteilung zwischen Reich und Ländern nunmehr endgültig in diejenige Gestalt zurückgebracht werden muß, die früher gegolten hat, als das Reich noch auf seine eigenen ursprünglichen Einnahmequellen beschränkt war.

Der Minister besprach weiter die Möglichkeiten einer ausländischen Anleihe. Voraussetzung hierzu sei, daß wir wenigstens unsere inneren Verhältnisse in Ordnung halten können, d. h., daß wir zur Balancierung des Reichshaushalts kommen.

Was die Frage der Aufwertung anbetreffe, so sei es ganz unmöglich, ihr freien Lauf zu lassen. Damit würden wir eine Unsicherheit in unser Wirtschaftsleben und in unser Finanzleben hineingebracht haben, die einfach untragbar gewesen wäre.

Reichsjustizminister Dr. Emminger gab folgende Erklärung ab: Nach dem Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember 1923 sind die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen der Reichsregierung aufzuheben wenn der Reichstag oder der Reichsrat dies verlangen. Dieses Recht des Reichstages ist zeitlich unbeschränkt; es findet also auch mit dem Ablauf der der Reichsregierung im Ermächtigungsgesetz erteilten Ermächtigung kein Ende. Der Reichstag ist deshalb auch nach dem 15. Februar d. J. berechtigt, in zwei Lesungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens drei Tagen liegen muß — und zwar unabhängig vom Reichsrat — die Aufhebung zu verlangen. Das Aufhebungsverlangen kann sich jedoch nur gegen eine Verordnung als Ganzes richten.

Vor der Abstimmung legten der Reichsjustizminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister in eindringlichster Weise dar, welche Gründe größter Wichtigkeit für eine sofortige Regelung der Aufwertungsfrage sprechen, was nur im Wege des Ermächtigungsgesetzes möglich sei.

Trotzdem beschloß der Ausschuß, bezüglich der Artikel 1 (Aufwertung) und 2 (öffentliche Anleihen) der dritten Steuernotverordnung nicht in die sachliche Beratung einzutreten, sondern die Regelung der darin behandelten Gegenstände dem Reichstag unter alsbaldiger Vorlegung eines Gesetzentwurfs durch die Reichsregierung im Wege der ordentlichen Gesetzgebung zu überlassen.

Hierauf erklärte Reichsfinanzminister Dr. Luther daß der eben gefaßte Beschluß die Reichsregierung von der ihr durch das Ermächtigungsgesetz übertragenen verantwortlichen Entschließung darüber nicht entbinde ob sie die Verordnung, nachdem nunmehr die Anhörung des zuständigen Reichstagsausschusses erfolgt sei, zumindest insoweit erlassen müsse, als der soeben mitgeteilte Beschluß die Beratung im Fünfzehner-Ausschuß beendet hat. Ein Vorschlag des Vorsitzenden, durch Vermittlung des Reichstagspräsidenten zur Vorbereitung für die Plenarverhandlungen die Artikel 1 und 2 der dritten Steuerverordnung dem Rechtsausschusse zu überweisen fand nicht die Zustimmung der Regierung. Auch die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sprach sich für die Regelung der Aufwertungsfrage durch den Reichstag aus.

Das Reichskabinett vor schweren Entscheidungen.

Weiterzahlung der Besatzungskosten oder Verlust des besetzten Westens?

Die Frage der Weiterzahlung der Besatzungskosten für das besetzte Gebiet ist augenblicklich die brennendste und daneben auch eine der schwierigsten, die jemals eine sich ihrer Verantwortung bewußte Regierung beschäftigt hat. Die Frage ist nicht nur: Sollen wir diese ungeheuren Lasten weitertragen?, sondern auch: Können wir es? Letzteres wird von den Finanzfachverständigen verneint. Damit wäre ja nun die Sache erledigt, wenn die Folgen nicht wären. Im besetzten Gebiet sind sich alle Parteien, von der Rechten bis zur Linken, darüber einig, daß die Einstellung der Zahlung der Besatzungskosten den Verlust der besetzten Gebiete bedeuten würde. Vertreter der besetzten Gebiete, die in der letzten Zeit in Berlin waren, erklärten übereinstimmend:

Werden die Besatzungskosten nicht geleistet, dann ist der Westen für Deutschland restlos verloren.

Bei den Besatzungskosten handelt es sich nicht nur um das was unmittelbar an die Besatzungsmächte, vor allem an die Franzosen zu zahlen ist, sondern auch um einen teilweisen Ersatz der furchtbaren Lasten, die der Bevölkerung des besetzten Gebiets durch die Okkupation aufgebürdet sind, Lasten, die von dieser allein unmöglich getragen werden können. Händeringend haben die Vertreter der besetzten Gebiete gebeten, die Besatzungskosten weiter zu leisten.

Im Reichskabinett hat man sich den vorgetragenen Gründen nicht entziehen können. Es ist ihnen Verständnis entgegengebracht worden, und es scheint, daß dadurch im Westen eine gewisse Beruhigung eingetreten ist. Wie soll es aber gelingen, das Unmögliche möglich zu machen? Der Steuerdruck ist im unbesetzten Deutschland schon derart, daß nicht abzusehen ist, wie er noch verschärft werden könnte. Dann besteht noch die Gefahr für die Wertbeständigkeit der Rentenmark. Vorstand und Aufsichtsrat der Rentenbank dringen deshalb immer und immer wieder darauf, daß die Zahlung der Besatzungskosten eingestellt werde. Aus Aeußerungen des Reichsfinanzministers kann man entnehmen, daß auch er den von der Rentenbank vertretenen Standpunkt teilt.

Das Interview.

Der Journalist, der das angebliche Interview mit Lloyd George in der „Newyork World" veröffentlicht hat, Mr. Spencer, hat den Blättern folgende Erklärung gegeben: „Ich habe Samstag und Sonntag das Wochenende bei Lloyd George verbracht. Wir haben mehrere Fragen miteinander besprochen und Lloyd George wußte nicht, daß ich die Absicht hatte, einen Artikel auf Grund dieser Unterhaltung zu veröffentlichen. Ich beabsichtigte im übrigen, lediglich eine Skizze über das Familienleben des früheren Präsidenten zu schreiben, und wenn ich Tatsachen wiedergegeben habe, die einen so großen politischen Sturm hervorgerufen haben, so tat ich dies, weil sie das Interesse an meinem Artikel für amerikanische Leser (!) erregen sollten. Lloyd George hat mich nicht ermächtigt diese Dinge zu veröffentlichen. Wenn eine Indiskretion vorgefallen ist, so fällt die Schuld hierfür lediglich auf mich zurück."

„Wenn eine Indiskretion vorgefallen ist" — also hat Spencer doch etwas geschrieben, was Lloyd George gesagt hat, was er aber nur nicht in die Oeffentlichkeit gebracht wissen wollte?

Zeitungsnachrichten zufolge hat Lloyd George dem Foreign Office die Wilson-Clemenceau-Dokumente zurückerstattet, die er mit einem Schreiben begleitete, in welchem er sein Bedauern über das Mißverständnis ausspricht.

Ausländische Proteste

gegen die Annullierung der deutschen Vorkriegsschulden.

Aus dem Auslande kommen Meldungen, wonach die deutsche Annullierung des Zinsendienstes für die Reichsanleihen nicht stillschweigend hingenommen wird. Der Baseler Anzeiger meldet, daß der schweizerische Bundesrat für die schwer geschädigten schweizerischen Zeichner der deutschen Anleihen Repressalien an deutschen Werten in der Schweiz vorbereite, da die Erregung aller schweizerischen Bevölkerungskreise außerordentlich groß sei. Der Mailänder „Corriere della Sera" schreibt aus Rio de Janeiro, der Finanzminister habe am Montag im Kammerausschuß erklärt, Brasilien werde die Rechte seiner Bürger an den deutschen Vorkriegsanleihen, die international gehandelt seien, mit aller Entschiedenheit vertreten. Er habe Verhandlungen mit den den übrigen südamerikanischen Finanzverwaltungen eingeleitet, um die Gläubiger aus den eventuell zu beschlagnahmenden deutschen Gütern und Werten voll zu entschädigen.

Tumultszenen in der französischen Kammer.

Die Kammer beriet am Donnerstag über den die Regierung zur Durchführung von Sparmaßnahmen ermächtigenden Teil des Entwurfs der Regierung. Der erste Teil der Sitzung wurde durch eine Polemik zwischen den Abgeordneten Brousse und Herriot ausgefüllt. Als darauf Cachin den Ministerpräsidenten angriff, entstand ein derartiger Tumult, daß Poincare, der Herriot wegen seiner Angriffe gegen die Regierung mit Vorwürfen überhäufte, sich kein Gehör verschaffen konnte. Es folgte ein Wortwechsel zwischen Poincare und Herriot.

Als dann der Ministerpräsident ein Exemplar der Humanite, die zu einer kommunistischen Demonstration vor dem Kammergebäude aufgefordert hatte, auf die Aktentasche des Kriegsministers legte, warf dieser es mit dem Zeichen des Ekels unter die Abgeordneten, worauf die Kommunisten und Sozialisten in ungeheure Wut gerieten. Der Vorsitzende mußte wegen der hierauf folgenden Lärmszenen die Sitzung auf ½ Stunde unterbrechen.

Nach ihrer Wiedereröffnung teilte der Vorsitzende mit, daß die Kommission folgende Fassung des zweiten Teiles des ersten Artikels vorschlage: Für die Dauer von vier Monaten nach Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes wird die Regierung ermächtigt, durch Verordnungen, die nach vorheriger Zustimmung des Ministerrates vom Staatsrat erlassen werden, sämtliche Verwaltungsreformen und Vereinfachungen vorzunehmen, welche die Durchführung dieser Ersparnisse erfordern. — Poincare stellte die Vertrauensfrage. Hierauf wurde der angekündigte, von dem Regierungsentwurf durch zeitliche Begrenzung der Ermächtigung abweichende Text genehmigt.

Französische Antwort auf die deutsche Pfalznote.

Die Verlogenheit an sich.

In der französischen Antwortnote wird die Beschuldigung, daß französische Behörden die pfälzischen Separatisten unterstützt hätten, als Verleumdung bezeichnet, die von der französischen Regierung bereits im Dezember ins richtige Licht gesetzt und von den Deutschen jetzt nicht tiefer begründet worden sei als früher. Zu der Forderung der Wiederherstellung der gesetz- und verfassungsmäßigen Zustände in der Pfalz bezieht sich die Note auf frühere amtliche französische Erklärungen und schließt: Das Kabinett, das gewissenhaft den Buchstaben der Verträge respektiert, ist, wie in der Vergangenheit, so auch jetzt entschlossen, in die Zwistigkeiten der Deutschen untereinander nicht einzugreifen und wird sich dementsprechend auch in keine Unterhandlungen mit der deutschen Regierung einlassen.

Hierzu stellt W. T. B. fest: Die Unterstützung der Separatisten durch die französischen Behörden steht einwandfrei fest, sie ist nicht nur von deutscher Seite, sondern auch von einer großen Anzahl neutraler, sogar hervorragender alliierter Zeugen einwandfrei festgestellt. Die französische Antwort geht auf die Forderungen der deutschen Note nicht ein, sondern versucht es so darzustellen, als hätte die deutsche Regierung um Unterhandlungen um innerdeutsche Angelegenheiten ersucht, während die deutsche Regierung tatsächlich jede Einmischung in deutsche innerpolitische Verhältnisse sich verbeten hat. Die Versicherung, daß das Pariser Kabinett in Zwistigkeiten der Deutschen untereinander nicht eingreifen wolle, ist bezüglich der Vergangenheit durch die Tatsachen widerlegt. Ob in Zukunft das Verhalten der Besatzungstruppen in der Pfalz den Versicherungen entsprechen wird, bleibt abzuwarten.

Kleine politische Meldungen.

Ebert wieder Präsident? In der sozialdemokratischen Funktionärversammlung im Kreise Teltow teilte der Vorsitzende mit, daß man sich auf die Wiederaufstellung Fritz Eberts als Kandidaten für die Neuwahl des Reichspräsidenten bereits geeinigt hätte. Die Haltung der Demokraten lasse die Unterstützung der Wiederwahl durch die Demokraten wahrscheinlich erscheinen.

Zum Seeckt-Attentat. Der in den Anschlagsplänen gegen den Inhaber der vollziehenden Gewalt, General v. Seeckt, in den letzten Tagen viel genannte Major Gilbert ist am Freitag von Beamten der politischen Polizei verhaftet worden. Der Leiter der betreffenden Polizeiabteilung verweigert jede Auskunft über die Gründe, die zu dieser Verhaftung geführt haben, mit dem Hinweis, daß durch vorzeitige Presseerörterungen die Untersuchung gefährdet und die Gefahr der Verdunkelung durch Dritte heraufbeschworen werden kann. Vielleicht steht die Verhaftung überhaupt nicht im Zusammenhang mit den Anschlagsplänen gegen General v. Seeckt, sondern es werden Major Gilbert eine ganze Anzahl anderer Verfehlungen und Straftaten, die er verübt oder mitangestiftet haben soll, zur Last gelegt.

Gedenkfeier in Schleswig. Im Stadttheater zu Schleswig fand eine von dem Schleswig-Holstein-Bund veranstaltete Gedenkfeier zur Erinnerung an den 60. Jahrestag der Befreiung der Stadt Schleswig von der dänischen Gewaltherrschaft statt. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Sanitätsrats Dr. Wullenweber hielt Herr Terno-Hamburg die Festrede. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Wir bekennen uns heißen Herzens zum deutschen Vaterlande und geloben, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis die ungerechte Grenze der deutschen Nordmark wieder beseitigt sein wird." Ferner wird das Verbot der deutsch geschriebenen Dänlingsblätter begrüßt und mit Entrüstung von der Aufhebung dieses Verbotes gesprochen.

Landesverrat eines württembergischen Abgeordneten. Der Oberreichsanwalt hat vom württembergischen Landtag die Genehmigung zur Strafverfolgung des sozialdemokratischen Abg. Steinmeyer wegen Landesverrats nachgesucht. Steinmeyer hatte im Dezember Material über die Selbschutzorganisationen veröffentlicht, was die Veranlassung zu dem Strafverfahren gegeben haben soll.

Die meuternden deutschen Seeleute aus England ausgewiesen. Der Zentralverein deutscher Reedereien hat — wie aus Barmen berichtet wird — ein Telegramm von der deutschen Botschaft aus London erhalten, wonach die deutschen Seeleute, die in englischen Häfen gemeutert haben, von der englischen Regierung mit einer Fristsetzung von zwei Tagen aus dem Lande verwiesen wurden.

Von Stadt und Land.

Aue, 9. Februar.

Ein Landtagsanfrage zu den Hohenstein-Ernstthaler Attentaten. Im Landtage hat der Abg. Voigt (D. Vpt.) folgende Anfrage eingebracht: In Hohenstein-Ernstthal wurden Ende Januar (auch jetzt wieder! siehe unten. D. Schriftl.) mehrfach Dynamitanschläge verübt. Mit Sprengstoff gefüllte Gefäße wurden in Wohnungen geschleudert. Teilweise sind Zerstörungen erfolgt. Kann die Regierung über die Vorgänge näheren Aufschluß geben und was gedenkt sie gegen Wiederholungen solchen Unfugs zu unternehmen?

Das Verbot des Stahlhelm aufgehoben. Das vom Minister Liebmann bei seinem Ausscheiden aus dem Ministerium des Innern am 1. Dezember 1923 erlassene Verbot samt Auflösung des Stahlhelms für Sachsen ist vom Staatsgerichtshof in seiner Vollsitzung am 8. Februar 1924 aufgehoben worden. Wie es weiter heißt, soll die ganze Auflösungsangelegenheit noch zum Gegenstand einer Interpellation im Landtag gemacht werden. Die gegen den Stahlhelm von politischen Kommissaren zusammengetragenen Anschuldigungen haben nämlich bei den eingehenden Untersuchungen durch den Staatsgerichtshof nicht nur keinerlei Bestätigung, sondern teilweise — und zwar gerade in den wesentlichen Punkten — einwandfreie Widerlegung gefunden.

Günstigere Sparbedingungen. Die Deutsche Girozentrale hat beschlossen, vom 1. Februar ab die bei ihr geführten Goldmarksparkonten der Girozentralen, soweit sich diese mit einer einmonatigen Kündigung einverstanden erklären, mit einem erhöhten Zinsfuß zu verzinsen und die Rückzahlung dieser Guthaben nach dem Dollarkurs des Rückzahlungstages zuzusichern. Gleiche Vergünstigungen werden für Rentenmarkguthaben von 500 Mark aufwärts gewährt. Durch bestimmte Verpflichtungen, die die Girozentralen den Sparkassen gegenüber übernommen haben, werden letztere in den Stand gesetzt, auch ihren Sparern für längere Frist eine höhere Verzinsung zu gewähren.

Der Schutz der Kleinaktionäre. Aus dem Reichsjustizministerium wird mitgeteilt: Nach den Vorschriften der Verordnung über Goldbilanzen vom 28. Dezember ist eine Zusammenlegung von Aktien oder Geschäftsanteilen aus Anlaß der Umstellung einer A.-G., einer Kndt.-Ges. a. A. oder einer G. m. b. H. erst dann zulässig, wenn ohne Verminderung der Zahl der Aktien usw. der vorgeschriebene Mindestbetrag der Aktien oder Stammeinlagen nicht eingehalten werden könnte. Durch diese Regelung soll der Gefahr eines Verlustes des Anteilrechts der Gesellschafter aus Anlaß der Umstellung nach Möglichkeit vorgebeugt und so ein wirksamer Schutz zugunsten der Kleinaktionäre geschaffen werden. Den in der Verordnung vom 28. Dezember enthaltenen Schutz der Kleinaktionäre in den Durchführungsbestimmungen noch weiter auszugestalten, lag von vornherein im Plane der Gesetzgebung.

Diesem Plane entsprechend ist nunmehr in Aussicht genommen, die für den Regelfall festgesetzten Mindestbeträge von 100 Goldmark für Aktien umgestellter A.-G. und 50 Goldmark für Stammanteile umgestellter G. m. b. H. für gewisse Fälle, deren Abgrenzung den berechtigten Interessen der Aktionäre entspricht, erheblich niedriger zu bemessen. Um zu verhüten, daß der praktischen Auswirkung dieser Schutzmaßnahmen durch eine Zusammenlegung auf der Grundlage der Regelmindestsätze oder gar auf einer von der Verordnung abweichenden willkürlichen Grundlage vorgegriffen wird, verbietet eine Verordnung vom 5. Februar, bis auf weiteres die Zahl der Aktien usw. aus Anlaß der Umstellung zu vermindern. Gleichzeitig wird vorgeschrieben, daß auch früher gefaßte Beschlüsse nicht durchgeführt und nicht eingetragen werden dürfen. Eine Umstellung der Gesellschaft auf Goldmark wird durch diese Regelung nicht verhindert; vielmehr sind die Gesellschaften nach wie vor in der Lage, von den übrigen Möglichkeiten der Umstellung Gebrauch zu machen.

Im Wirtschaftsausschuß des bayrischen Landtags erklärte der Handelsminister, daß er die Reichsstellen auf die Notwendigkeit des Schutzes der Kleinaktionäre hingewiesen und Vorschriften beantragt habe, wonach vor allem die Vorzugsaktien nicht zum Schaden der Stammaktien mißbraucht werden können. Die bayrische Regierung habe sich des Schutzes der Kleinaktionäre umso lieber angenommen, als gerade in Bayern der Mittelstand einen großen Teil der Kleinaktionäre stelle. Die Regierung sei bereit, mit allem Nachdruck für die Schaffung der 20-Mark-Aktie einzutreten.

Stadtverordnetensitzung vom 8. Februar.

Zunächst wird durch den Stadtverordnetenvorsteher der Stadtv. Lein verpflichtet, der das erste Mal im Kollegium weilt.

1. Es werden gewählt von den Kommunisten, die sich das letzte Mal nur die betreffenden Plätze vorbehalten hatten, in den Abschätzungsausschuß Fabian, Bauausschuß Zettel, Badeausschuß Günzel, Lein; Elektrizitätsausschuß Fabian; Finanzausschuß Teubner; Fürsorgeausschuß Teubner, Lein; Gasausschuß Fabian; Gewerbeschulausschuß Teubner; Krankenhausausschuß Günzel; Parkausschuß Rehm; Sparkassenausschuß, auf die Stellvertreterstelle wird von den Kommunisten verzichtet, gewählt wird Wolf; Schlachthofausschuß Günzel; Turnhallenausschuß Rehm; Wasser- und Wirtschaftsausschuß Zettel; Wohnungsausschuß Rehm; Pflegeausschuß Lein. Die Wahlen werden angenommen.

2. Die Elternräte von Aue (Volks- und Oberrealschule) haben Mitte Januar zum Beamtenabbau in der Schule Stellung genommen und in einer Entschließung davon abgeraten. Diese Entschließung soll an die sächsische Regierung, den Landtag und den Reichstag gehen. Der Stadtrat hat, am Erfolg zweifelnd seine Unterzeichnung nicht gegeben. 2 Kommunisten (Teubner) sprechen sich gegen den Lehrerabbau aus und die Resolution wird einstimmig vom Stadtverordnetenkollegium unterstützt.

3. Die Stadtverordneten stimmen für eine Aenderung des Straßenplanes am Eichert (betr. Fortfall der Vorgärten).

4. Schulgeldsätze der Handelsschule: ab 1. Februar auf Grund ministerieller Verfügung 8 GM. Lehrlingsabteilung 7 GM. für Vollunterricht, Verkäuferinnen 1.50 GM., Einschreibegebühr und Abgangsgebühr 4.50 GM., für Entlassungszeugnis 3 GM. Alle auswärtigen Schüler zahlen 50 Prozent mehr.

5. Die Schlachthofgebühren werden neu festgesetzt, z. B. Zweiggleisgebühr 2.50 M., für andere Entladungen als Vieh 6 M., Ladegebühr für Großvieh 50 Pf., Schweine 25 Pf., Kalb, Schaf, Ziege 10 Pf. — Marktgebühren 2 M. (Kalb, Schaf, Ziege 50 Pf.). — Platzgebühr: Rind 2 M., Schwein 1 M., Kalb, Schaf, Ziege 50 Pf. Futtergebühr wird von Fall zu Fall bekannt gegeben. Schlachtgebühren sind im wesentlichen geblieben (außer für Pferde, Esel, Maulesel).

6. Beratung des Ortsgrundgesetzes der Stadt Aue, das der Verfassungsausschuß als Vorlage ausgearbeitet hat. Das gesamte Ortsgrundgesetz wurde mit einigen kleinen redaktionellen Aenderungen bei zum Teil langen Debatten angenommen; wenn die Prüfung durch die Kreishauptmannschaft erfolgt ist, wird das Grundgesetz im Stadthaus ausgehängt werden. Paragraph 1 betrifft den Umfang des Stadtgebietes (922 Hektar). Paragraph 2: Schlachthof, Spar- und Girokasse, Speiseanstalt, Wasserwerk, Elektrizitätswerk, Gaswerk sollen außerhalb des allgemeinen Haushaltplans fallen und grundsätzlich Zuschüsse aus Mitteln der Stadt nicht erfordern. Der Grund ist der, daß die Pläne im voraus sehr problematisch sind; man kann nie wissen, wie diese geschäftlichen Unternehmungen laufen werden. Nach langer Debatte — viele wollen sich nicht ihres Kontrollrechtes begeben, während von der Gegenseite darauf hingewiesen wird, daß die Aufstellung eines Haushaltplanes nicht die geringste Kontrolle oder Möglichkeit einer Beeinflussung gibt — wird gegen 8 Stimmen der Paragraph 2 gestrichen.

Paragraph 4. Erwerbseinbuße der (27) Stadtverordneten durch Sitzungen etc. wird nach Stundenlohn eines städtischen Handwerkers vergütet. Die Paragraphen 5 und 6 handeln von der Geschäftsordnung des Stadtparlaments, für die zwar noch ein besonderer Entwurf vorliegt, die aber hier auf die neue Gemeindeverordnung basiert werden muß. Paragraph 7 handelt über den Stadtrat, der aus dem ersten Bürgermeister, seinem Stellvertreter, einem berufsmäßigen Stadtrat und 6 ehrenamtlichen Stadträten bestehen wird; von den ersten drei Personen müssen zwei die Befähigung zum Richteramte oder zum höheren Verwaltungsdienste besitzen. Paragraph 8: Die Berufsstadträte werden zunächst auf 6 Jahre, bei Wiederwahl auf 12 Jahre gewählt. Der nächste Paragraph bestimmt die Kompetenzen des Stadtrates und des Stadtverordnetenkollegiums, Paragraph 11 die des Bürgermeisters, der wie der Stadtverordnetenvorsteher (Paragraph 14) nach Paragraph 13 Vorsitzender des Verfassungsausschusses und des Finanzausschusses sein muß. Die Paragraphen 12 ff. handeln über die Ausschüsse; das gesamte Ortsgesetz enthält (nach Abstrich des Paragraphen 2) 18 Paragraphen, von denen die letzten die städtischen Beamten betreffen.

• •

Herabsetzung des Abonnementsgeldes. Von nächster Woche an kostet unser Blatt 1 Goldmark für 14 Tage. Von einer Festsetzung des Abonnementsgeldes für den ganzen Monat muß aus verschiedenen Gründen vorläufig allerdings noch abgesehen werden.

Sonnenaufgang am Sonntag, den 10. Februar 7. (Montag, den 11. Februar 7.24), Sonnenuntergang 5. (5.06), Mondaufgang 9.52 (10.16) vormittags, Monduntergang 11.18 (—) abends.

Hohenstein-Ernstthal. Ein drittes Sprengstoffattentat wurde gegen die Villa des am Parkweg wohnhaften Fabrikbesitzers Zwingenberger verübt. Die aus Blechdosen bestehende Bombe war mit Dynamit und Eisenteilen gefüllt, war aber beim Wurf, vermutlich infolge Versagens der Zündschnur nicht krepiert. Sie wurde aus etwa 80 Meter Entfernung geworfen und anderen Tages unversehrt gefunden. Die Belohnung für Ermittelung der Täter wurde von 2000 auf 5000 Goldmark erhöht. — Wegen der letzten Sprengstoffattentate und Pulverdiebstähle wurden nach den Haussuchungen durch die Landeskriminalpolizei insgesamt 5 Kommunisten verhaftet, während einige schwerverdächtige jüngere Kommunisten flüchtig sind. Gefunden wurden Dynamitpatronen, Zündschnur, Waffen, viel Munition und eine Handgranate. Es wurde dieselbe Art Dynamit gefunden,

die in den Sprengkörpern enthalten war. Auch dieselben Dosen wurden gefunden, die bei den Attentaten verwendet wurden. Flüchtig sind die Gebrüder Zehl aus dem Ortsteil Hüttengrund. Ihr Vater wurde auch verhaftet.

Chemnitz. Ein unaufgeklärter Unfall. In der Nacht zum Donnerstag fuhr ein Kraftdroschkenbesitzer mit seinem Auto die Zimmerstraße entlang. Dabei versagte die Steuerung. Als er die Ursache feststellte, wurde er gewahr, daß an der Andrehkurbel seines Wagens am Rückenteil seines Ueberziehers ein bewußtloser Mann hing. Dieser, der 29 Jahre alte Elektromonteur Herbert F., wurde von dem Chauffeur nach der Polizeiwache gebracht. Dort stellte der Arzt fest, daß der Besinnungslose einen Schädelbruch erlitten hatte. Er wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Wittgensdorf. Windhose. Am Mittwoch wurde dieser Ort, hauptsächlich ein Teil der Chemnitzer Straße, von einer Windhose betroffen. Der Sturm hat viele Fenster eingedrückt und in Gärten Bäume geknickt, an Häusern Feueressen umgerissen und an Gartenmauern vielen Schaden angerichtet.

Sayda. Von der Welt abgeschnitten. Der Schneesturm in der Nacht zum Mittwoch hat im oberen Erzgebirge schwere Störungen verursacht. Wie der „Saydaer Anzeiger" berichtet, wurden der Telegraphen- und Fernsprechverkehr arg gestört an vielen Stellen sind die Drähte gerissen. Die Ueberlandzentrale vermochte gegen die Tücken des Sturmes nicht aufzukommen und so ist Sayda ohne Licht und Kraftstrom und seit Mittwoch früh ohne Trinkwasser, da das Bassin im Wasserturm ohne elektrische Kraft nicht vollgepumpt werden kann. Auf den Landstraßen sind teilweise die Schneewehen so hoch, daß es tagelanger Arbeiten bedürfen wird, um die Verkehrsmöglichkeiten leidlich wieder herzustellen. Da auch der Zugverkehr lahmgelegt war, blieb die Stadt Sayda von der Welt abgeschnitten.

Gerichtssaal.

Eine Eisenbahnfahrt in 3. Wagenklasse mittels Karte 4. Klasse glaubten an die 20 Arbeiter im September v. J. ab Zwickau nach Aue ohne Mißhelligkeiten ausführen zu können. Der Zug hatte die Station kaum verlassen, als die Kontrolle einsetzte, so daß der Schaffner allen diesen Passagieren vorschriftsmäßig die Karte abzunehmen hatte. In Aue gab es stürmische Szenen. Die unbekannten Arbeiter forderten ihre Fahrscheine (meistens Wochenkarten ab Schneeberg) unter Drohworten zurück und erreichten durch ihr gemeinsames, stürmisches Vorgehen, wobei sogar Fensterscheiben eingedrückt wurden, auch ihren Zweck. Einer der Fahrgäste, der Telegraphenleitungsaufseher Alfred K. in Schneeberg, soll den Schaffner bei diesen Auftritten am Arme gestoßen und zu ihm barsch gesagt haben, er solle die Karte hergeben, sonst werde er sehen, was passiert, und schließlich die Aufforderung eines anderen Beamten, das Stationshaus zu verlassen, nicht beachtet haben. Er wurde vom Schöffengericht Aue wegen Beamtennötigung in Tateinheit mit Körperverletzung und wegen Hausfriedensbruches zu drei Wochen zwei Tagen Gefängnis verurteilt. Der bisher unbescholtene verheiratete Mann legte Berufung ein. In der Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Zwickau mußte dem Angeklagten das Lob ausgestellt werden, sich stets tadellos geführt zu haben, auch im Felde, wo er sich das Eiserne Kreuz und die bulgarische Tapferkeitsmedaille geholt hatte. Hierbei wurde darauf hingewiesen, daß der Angeklagte einmal an der Malaria erkrankt gewesen ist und von Zeit zu Zeit an den Folgen dieser Krankheit zu leiden habe. Der Beschuldigte wurde schließlich wegen Hausfriedensbruches zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt, im übrigen aber frei gesprochen.

•

Heldentaten der Allerdeutschesten. Wegen schwerer Beschädigungen von Häusern angesehener jüdischer Bürger von Erfurt hatte sich der Vorsitzende des deutschnationalen Jugendbundes, Hermann Hemkes, und der Handlungsgehilfe Bruns vor der Strafkammer zu verantworten. Wohlgemerkt! Die „national" empfindende Jugend von Erfurt durfte ja natürlich nur den allerbesten Führern anvertraut werden. Sie hatten an den Häusern des Kaufmanns Jaracz-zewski und des Museumsdirektors Dr. Käsbach Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert und die Steinpfeiler der Gartenein-friedigungen an den Villen der Fabrikanten Alfred und Adolf Heß umgestürzt. Das geschah am 21. September 1923, nachdem Hemkes bereits am 14. August in Gemeinschaft mit dem Schlosser Lapp ähnliche „Heldentaten" verübt hatte, die noch gesondert zur Aburteilung kommen sollen. Ihr Vorgehen gegen Dr. Käsbach begründeten die Angeklagten damit, daß dieser in einem gespannten Verhältnis zu ihrem Gesinnungsgenossen Oberstleutnant a. D. Carsep stehe. Das Urteil lautete gegen Hemkes auf drei Monate, gegen Bruns auf sechs Wochen Gefängnis mit Strafaufschub unter Auflegung von 300 bezw. 100 Mark Buße und 200 bezw. 100 Mark Geldstrafe.

Nur drei Zeilen.

Der Reichsfinanzminister hat Beamtenvertretern erklärt, daß eine Erhöhung der Gehälter, so sehr sie sachlich berechtigt sei, noch nicht stattfinden könne.

Graf Kanitz, der Landwirtschaftsminister, hat in Königsberg eine Rede über die Krisis der deutschen Landwirtschaft gehalten.

Nach englischen Meldungen liegt ein neuer Vorschlag Frankreichs über die Verwaltung der Pfalz vor, in dem auch von der Rückkehr eines großen Teiles der ausgewiesenen Beamten die Rede ist.

Der Prinz von Wales hat bei einem Sturz vom Pferde das Schlüsselbein gebrochen.

Letzte Drahtnachrichten.

Der Antrag über die Zulassung eines Volksbegehrens auf Auflösung des Landtages zurückgewiesen.

Dresden, 9. Februar. In Sachen des Volksbegehrens des Landesausschusses der Vereinigten Sozialdemokraten hat das Gesamtministerium den Beschluß des Kabinetts Fellisch vom 4. d. M. über die Zulassung eines Volksbegehrens auf Auflösung des Landtages aufgehoben und den Antrag des Landesarbeitsausschusses zurückgewiesen. Begründet wird der ablehnende Bescheid damit, daß der Arbeitsausschuß nicht die Eigenschaft besitze, die das Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid vorschreibt. Auch der mit 1700 Unterschriften bedeckte Antrag müsse zurückgewiesen werden, weil die vom Gesetz verlangte gemeindebehördliche Beglaubigung fehle, daß die Unterzeichner das Landtagswahlrecht besitzen.

Spaltung im Zentrum?

Berlin, 9. Februar. Blättermeldungen aus Bochum zufolge machen sich innerhalb der Zentrumspartei in Rheinland-Westfalen Spaltungstendenzen bemerkbar. Der am weitesten links stehende Flügel des Zentrums soll dazu übergegangen sein, wegen der Haltung der zentrumsparteilichen Arbeitgeber in der Frage der Beseitigung des Achtstundentages sich offiziell durch eine neue Parteigründung von der Mutterpartei loszulösen. Die neue Partei soll den Namen Christlich-soziale Volksgemeinschaft führen.

Der Fall Bartz.

Berlin 8. Februar. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages hat die Beschwerde des kommunistischen Abg. Bartz wegen seiner in Stuttgart erfolgten Verhaftung als berechtigt anerkannt und an den Reichsminister des Innern sowie an den württembergischen Justizminister das Ersuchen gerichtet, die disziplinarische und Strafverfolgung des schuldigen Beamten zu veranlassen.

Schutz gegen die Separatisten versprochen.

Mannheim, 8. Februar. Wie der Mannheimer Generalanzeiger aus Pirmasens meldet, hat der Bezirksdelegierte von Pirmasens jetzt die Zusage erteilt, daß er auf die von der Beamtenschaft für die Wiederaufnahme der Arbeit gestellten Bedingungen eingeht und die Garantie dafür übernimmt, daß die städtischen Beamten gegen neue Gewaltmaßnahmen den nötigen Schutz erhalten und daß die jetzigen Zustände, wie sie sich unter der Gewaltherrschaft der Separatisten herausgebildet haben, sich nicht wiederholen.

Was Deutschland abgeben muß. Die Lieferung deutscher Brennstoffe nach Frankreich und Luxemburg belief sich der deutschen Bergwerkszeitung zufolge von 11. bis 20. Januar auf 102 400 To. Kohle, 115 800 To. Koks, 81 500 To. Braunkohlenbrikett, zusammen 245 700 To. Brennstoffe, gegen 209 100 To. in der ersten Dekade.

Kirchennachrichten.

Methodistenkirche, Aue, Bismarckstraße 12.
Sonntag vorm. 9 Uhr Gottesdienst; vorm. 10½ Uhr Sonntagsschule; abends 7 Uhr Hauptgottesdienst: Pred. Meyer. Mittwoch abends ½8 Uhr Bibelstunde: Pred. Meyer.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann.
Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlagsgesellsch. m. b. H., Aue.

Besonders preiswerte Betten

Bettstellen „Spandowia" 24 mm Stahlrohr 80×190 mit Stahldrahtmatratze, weiß lackiert . . . 19⁵⁰
Bettstellen „Erika" mit Fußbrett, 24 mm Stahlrohr, 90×190 mit Stahldrahtmatratze, weiß lackiert . . . 23⁵⁰
Bettstellen „Werner" 27 mm Stahlrohr, 90×190 mit Fußbrett und rein Messingverzierung . 33⁰⁰
Bettstellen „Emil" 27 mm Stahlrohr, 100×200 Stahldrahtmatr., rein Messingkübe u. Verzier. 36⁰⁰
Kinder-Bettstellen „Hannelore" 60×135 mit Spiralboden und Rollen 19⁰⁰
Kinderbettstellen „Annemarie" beide Seiten abschlagbar, mit Spiralboden und Rollen 70×140 . . . . . 24⁰⁰
Kinder-Bettstellen „Rosemarie" 70×140 beide Seiten abschlagbar, rein Messingverzier. 29⁰⁰
Auflegematratzen Seegrasfüllung, Ia Inlet-Leinen, gestreift, 90×195 19.50, 70×145 9⁷⁵
Auflegematratzen Polster, Ia Satin, 90×195 . . . . . 34⁰⁰
Reform-Unterbetten beste Wattierung 90×195 . . . . . 19⁵⁰
Kinderwagen-Steppdecken zweiseitig Satin, beste Wattierung 3⁸⁵
Steppdecken beste Wattierung, beiderseitig Satin, Handarbeit . 28⁰⁰

Ein Posten Bettstellen mit Stahldrahtmatratze, beim Transport leicht beschädigt
Serie I 18⁰⁰ Serie II 22⁰⁰ Serie III 28⁰⁰

Kaufhaus Schocken

Nach langem schweren Leiden entschlief sanft heute morgen ¾3 Uhr mein lieber Mann, unser guter treusorgender Vater, der

Kaufmann

Karl Max Borgmann

im vollendeten 48. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
Kamilla Borgmann geb. Richter
Hildegard Borgmann
Richard Borgman
nebst allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Dienstag, mittag 1 Uhr, vom Trauerhause, Mozartstraße 23, aus statt.

Dank.

Heimgekehrt von dem schweren Gang, der Beerdigung meines lieben Gatten, unseres teueren Vaters, Groß- und Urgroßvaters

Karl Wilhelm Maidorn

sagen wir allen unseren lieben Verwandten und Bekannten, seiner Firma F. A. Lange, seinen Arbeitskollegen sowie allen denen, die sich seiner bei seinem Scheiden erinnerten und ihm das letzte Geleit gaben, unseren tiefstgefühlten Dank.

In stiller Trauer
Hulda verw. Maidorn nebst Kindern
und allen Hinterbliebenen.

Aue (Erzgeb.), den 8. Februar 1924.

★ BUMAG ★
ERZEUGNISSE DER WANDERER-WERKE SCHÖNAU B. CHNZ.
Continental SCHREIBENDE-ADDIER-UND SUBTRAHIER-MASCHINEN UND
Continental BUCHHALTUNGS-SCHREIBMASCHINEN
VERKAUF: „BUMAG" Buchhaltungs-Maschinen G. m. b. H. Schadestr. 12 • Fernspr. 9992/9998, 9999

Herren-Anzugstoffe preiswert und gut bei J. Bretschneider, Auerhammerstr. 30 a. Kein Laden!

Aktentaschen Rindleder, von Mk. 7.75 an Spezialhaus Camillo Gebhardt, Bahnhofstrasse, Ecke Reichestrasse.

Diensthabender Arzt (nur für dring. Fälle) am 10. Febr.
Dr. med. Müller.

Ich habe laufend und billigst abzugeben:
Wollene, regulär gestrickte Strümpfe u. Socken und Sportartikel.
Für Großabnehmer und Händler vorteilhafte Bezugsquelle.
Eorhardt Nagel, Chemnitz i. Sa.
Logenstraße 15—17. Telefon 2882.

Zur Erwiderung!

Die „Aufklärung" der Firma August Wellner Söhne in Aue fordert zur Erwiderung heraus, weil in dieser Veröffentlichung Vorgänge fehlen, ob bewußt oder unbewußt herausgelassen, überlassen wir der Beurteilung der Oeffentlichkeit.

Es ist eine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn die Firma behauptet, maßgebenden Stellen freiwillig Einblick in die Einzelheiten der von der Fa. A. W. S. durchgeführten Maßnahmen für die Arbeiter und Angestellten gegeben zu haben und diese volles Verständnis dafür gefunden hätten. Die Fa. weiß genau, daß zur Schaffung der Arbeitsbedingungen und Lohn- und Gehaltsfragen die Gewerkschaften zuständig sind. Diesen hat man aber den Einblick verweigert, ja, man hat sogar diesen die Möglichkeit genommen, auf dem Wege der Verhandlungen eine für beide Teile tragbare Regelung zu schaffen;

Die Fa. A. W. S. lehnt die Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer ab. Sie sabotiert damit Gesetz und Recht und den Arbeitsgemeinschaftsgedanken.

Richtig ist, daß die Angestellten seit Mitte vorigen Jahres die Forderung auf wertbeständige Bezahlung erhoben haben. **Jeder einsichtsvolle Mensch** muß zugeben, daß diese Forderung nicht nur **durch die Verhältnisse bedingt, sondern auch berechtigt war.** Sie haben für sich dasselbe Recht in Anspruch genommen wie die Fa. A. W. S. und alle anderen, die ebenfalls beim Verkauf ihrer Fabrikate nicht nur die Goldgrundpreise, sondern auch das Entwertungsrisiko einkalkulierten. Auf der einen Seite nimmt man also für sich das Recht der Sicherung in Anspruch und wenn die Arbeitnehmer dasselbe Recht für sich fordern, wird es **brüsk und herausfordernd ohne stichhaltigen Grund zurückgewiesen.**

Daß die Verhandlungen in den letzten Monaten resultatlos verlaufen sind, ist **einzig und alleinige Schuld der Fa. A. W. S.,** soweit die Regelung der Arbeits- und Gehaltsverhältnisse für die Angestellten in Frage kamen. In den vergangenen Jahren konnte mit der Arbeitgebervereinigung erzgebirgischer Industrien am Verhandlungstisch jede Frage vernünftig geregelt werden, nur ein einziges Mal wurde der Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angerufen und auch da kam es dann wieder zu einer Vereinbarung. Seitdem aber die Fa. A. W. S. mit ihren „Umstellungsplänen„ (lies: einseitigen Diktaten' an die anderen Betriebe herantrat und seitdem Herr **Generaldirektor Gaedt den Vorsitz in der Arbeitgebervereinigung übernommen hat, ist es mit dem Frieden vorbei, ist es aber auch vorbei mit jeder Verhandlung.** Ein sprechender Beweis für die Einstellung des Generaldirektor Gaedt ist der Brief vom 4. 12. 23 an die Angestelltenverbände, der folgenden Wortlaut hat: „Wir teilen hierdurch mit, daß der Verband der Metallindustriellen als Gesamtverband künftighin **keine Tarifgemeinschaft mehr ist. Die Gehälter werden in Zukunft in den einzelnen Betrieben festgelegt.**" Dieses Schreiben ist vom Herrn **Gaedt persönlich unterzeichnet.** Daraus geht einwandfrei hervor, wer die Schuld an der Verschärfung des sozialen Kampfes trägt.

Wie **„das Regeln der Gehälter in den einzelnen Betrieben"** gemacht wurde, sieht man wiederum sehr deutlich bei der Fa. A. W. S. Es ist ein Schulbeispiel für unsozialdenkende Arbeitgeber. Für die Angestellten bestand mit der Metallindustrie eine Vereinbarung, wonach die Gehälter für die Monate Oktober-November von Verband zu Verband festgelegt waren. **Es bestand also ein Vertragsverhältnis, an das sich auch die Fa. A. W. S. zu halten hatte,** wenn sie nicht tarifbrüchig sein wollte.

Was hat sie aber getan?

Sie erklärt,, nachdem im Oktober die Bezahlung nach diesem Abkommen erfolgt ist, in der letzten Novemberwoche, **dieses Abkommen von Verband zu Verband habe für sie keine Gültigkeit. Und dabei ist Herr Generaldirektor Gaedt Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes, mit dem dieses Abkommen getroffen worden ist.** Bei der Festlegung der Gehälter für die letzte Novemberwoche hat die Fa. es nicht einmal für notwendig gefunden, sich mit der gesetzlichen Betriebsvertretung ins Benehmen zu setzen. **Man erkennt bei der Fa. auch diese Vertretung der Arbeitnehmer nicht an,** man nimmt den **„Herrn-im-Hausestandpunkt"** ein und diktiert ohne Rücksicht auf die Gesetze und insbesondere ohne Rücksicht auf die außerordentliche Notlage der Arbeitnehmer. **Man nützt diese Notlage für sich einseitig aus.**

Beachtlich und zur Kennzeichnung diene der Beschluß, der unter Herrn Gaedts Vorsitz in der Versammlung am 3. 12. 23 beschlossen wurde. **„Die Arbeitgebervereinigung erzgebirgischer Industrien (Verband der Metallindustriellen des Westerzgebirges) bzw. die einzelnen Firmen dürfen in Zukunft bei Vermeidung der satzungsgemäßen Konventionalstrafe** (s. Rundschreiben M. 69/23 v. 30. 8. 23) **grundsätzlich nicht mehr mit den Vertretern der Angestelltenverbände verhandeln."**

Hier also wiederum ein bewußter Bruch des Gesetzes, der geeignet sein muß, Verärgerung und Verbitterung in die beteiligten Arbeitnehmerkreise hineinzutragen. Mit solcher Verärgerung ist natürlich die Produktion nicht zu heben, auch wenn der Achtstundentag **und hier wiederum gegen die Verordnung vom 31. 12. 23 von der Fa. A. W. S. einseitig überschritten wird.**

Wie die Fa. die Gehälter für ihre Angestellten „vereinbarte", geht **aus dem Revers, den die Fa. allen Angestellten zur Unterschrift vorlegte, hervor. Wer diesen jedem Gesetz und Recht widersprechenden Revers nicht unterschreibt, so ließ die Fa. sagen,**

bekommt überhaupt kein Geld.

Der Revers hatte folgenden Wortlaut: **„Betr. Gehalt für Herr ..... Es besteht kein Tarifverhältnis mehr. Das bis auf weiteres mit Festmark ..... festgesetzte Monatsgehalt erkenne ich hiermit an. Solange nicht wertbeständig gezahlt wird, ist für die Umrechnung etwaiger Zahlungen in Papiermark der jeweilige Monatsdurchschnittsbriefkurs der Berliner Börse für den nordamerikanischen Dollar maßgebend."**

Den Angestellten blieb, wenn sie nicht mit Weib und Kind verhungern wollten und um überhaupt wieder in ihre Wohnungen zu gelangen (der größte Teil wohnt außerhalb von Aue und muß die Bahn benutzen) nichts weiter übrig, als sich diesem Terror zu beugen und zu unterschreiben.

Warum führt die Fa. diesen von ihr verübten Terror nicht an?

Sie scheut die Oeffentlichkeit: diese wird sich aber ihr Urteil, besonders über dieses Vorgehen, bilden. Vielleicht sagt die Fa., ob sie ihre Fabrikate auch zum Monatsdurchschnittsbriefkurs der Berliner Börse für den nordamerikanischen Dollar verkauft hat.

Es ist notwendig daß die Fa., um ihr **„soziales Verständnis"** zu zeigen, auch der Oeffentlichkeit die damals festgelegten Gehälter mitgeteilt hätte. Damit diese **„große soziale Tat"** der Fa. A. W. S. der Geschichte erhalten bleibt, sei mitgeteilt, daß diese Gehälter mit 30 M begannen und mit 280 M endeten, daß Letztere kam aber nur für die höchstqualifizierten Angestellten in Frage. **Das waren die Gehälter für einen ganzen Monat.**

Die Firma ist aber die Lösung des Rätsels, wie ein Mensch, der sich in der Wirtschaft produktiv betätigen soll und auch noch Familie zu ernähren hat, mit diesen Gehältern auskommen kann, schuldig geblieben. Müssen bei solcher Bezahlung nicht die Arbeitskräfte verloren gehen, die so unbedingt notwendig sind. Gottlob hat diese Politik nur ein kleiner Teil der Arbeitgeber im erzgebirgischen Bezirk mitgemacht, sie haben trotz Drohung mit Konventionalstrafe anständiger bezahlt.

Wenn diese Vorgeschichte in der Oeffentlichkeit beurteilt wird, dann sind auch alle anderen Behauptungen und Verdrehungen der Fa. in sich zusammen gefallen, dann wird insbesondere auch die Frage beantwortet, wer unsere Wirtschaft ins Verderben gestürzt hat. Die Antwort wird lauten: **Niemand weiter als die Arbeitgeber, die es so gemacht haben, wie die Fa. A. W. S.**

Es gehört allerhand Mut dazu, durch „große Aufklärungen" an die Oeffentlichkeit den Versuch zu machen, sich rein zu waschen.

Warum ist Herr Gaedt nicht zu Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern gekommen? Warum hat er die Gelegenheit der Verhandlungen vor behördlichen Instanzen, dem Demobilmachungskommissar Zwickau und dem sächsischen Arbeitsministerium Dresden, nicht wahrgenommen? Die Entschuldigung „keine Zeit" ist zu plump, um nicht zu merken, **daß es hier lediglich am guten Willen gefehlt hat.**

Eins steht fest für uns. Wenn im Erzgebirge eine zeitlang schärfster Terror, von politischen Drahtziehern organisiert, geherrscht hat, dann haben das die Angestellten nicht nur verurteilt, sondern auch aufs schärfste bekämpft. **Die Ruhe war wieder hergestellt! Zu den letzten Vorgängen im Erzgebirge wäre es bestimmt nicht gekommen, wenn die Verbitterung und Verärgerung durch das unverantwortliche Vorgehen und Diktat der Fa. A. W. S. und der Firmen, die diese Politik mitmachten, nicht den Anlaß dazu gegeben hätte.** Die Schuldfrage ist also auch hier geklärt; alle die Kreise, die es der Fa. A. W. S. nachgemacht haben, tragen einzig und allein die Schuld.

Die Angestellten stehen auch heute noch auf dem Boden des Arbeitsgemeinschaftsgedankens, sie sind auch heute noch gewillt, durch tatkräftigste Mitarbeit am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu helfen, sie sind auch heute noch gewillt, sich ihre Rechte überall da mit allen Mitteln zu erkämpfen, wo sie nicht freiwillig gegeben werden, sie wollen Mitverantwortung, Mitleitung und Mitbesitz an der Wirtschaft.

Wo Rechte sind, da sind auch Pflichten und wo Pflichten sind, da sind auch Rechte, das werden die Angestellten nie vergessen. Und alle die, die sich nicht darnach halten, müssen als Verräter an unserem deutschen Volk bezeichnet und müßten eigentlich zur Verantwortung gezogen werden.

Wir wollten diese Auseinandersetzungen in der Oeffentlichkeit vermeiden; nachdem aber die Fa. A. W. S. diesen Weg beschreitet, werden wir auch bei dieser Form des Kampfes keine Antwort schuldig bleiben.

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband

Sitz Hamburg. Geschäftsstelle Zwickau, Sa.

Neumann.

Bahnhofswirtschaft Aue.

Dienstag, den 12. Februar

Schweineschlachten

verbunden mit **Bockbiertest.**

Freundlichst ladet ein C. Meusel.

Für die Jugend!

Zu der am **10. Februar 1924** nachm. 3 Uhr im Gemeinschaftshaus, Bockauerstraße 1b stattfindenden

Jahrestag-Feier

des Jugendbundes für entsch. Christentum in aller Welt, verbunden mit Deklamationen, Wort, Gesang und Musik ladet herzlichst ein

Jugendbund für E. C.

Jugendverein „Concordia" Aue.

Dienstag, den **12. Februar 1924,** abends 8 Uhr im Vereinsheim Edelweiß

Halbjahrsversammlung.

Zahlreiches Erscheinen erbeten. Der Vorstand.

Mandolinen — Guitarrren — Lauten

in großer Auswahl.

Kleine Laden, daher billigste Preise. F. H. Rathe, Aue, Bahnhofstr. 22.

Prächtige Beleuchtung! Prächtige Beleuchtung!

Kommen! Sehen! Staunen!

Sächsische Schweiz, O.-Schlema

Sonntag, den 10. Februar:

Feine Ballmusik.

im prächtig beleuchteten Saal.

Saal gut geheizt. Dampfheizung.

Um gütige Unterstützung bittet Ww. Otto.

Kommen! Sehen! Staunen!

Prächtige Beleuchtung! Prächtige Beleuchtung!

Eleganter ganz neuer

Herren-Anzug

Normalgröße, sofort zu verk. Zu erfr. im Auer Tageblatt. Das. steht eine fast neue Handbohrmaschine, 10 mm, z. Verk.

Erz. Hof Radiumbad Oberschlema

Sonntag, den 10. Februar von 4 Uhr an

Oeffentlicher Ball.

Urania :: Aue.

Am **Donnerstag** und **Freitag,** den 14. u. 15. Febr.

„Traumulus"

Stammsitz-Abholungs-Termin bis Dienstag Abend.

Schützenhaus Lößnitz.

Am **Sonntag,** den 10. Februar

extrafeine Ballmusik.

Um freundlichen Besuch bittet ergebenst Joh. Schubert.

Gasthof Auerhammer.

Morgen Sonntag, den 10. Februar

feine Ballmusik

Freundlichst ladet ein Guido Hecker.

Die Stadtgirokasse Aue

beabsichtigt, die infolge der Geldentwertung eingestellte Abbuchung der öffentlichen Abgaben von den Girokonten wieder einzuführen.

Wer diese Abbuchung von seinem **Rentenmark-Konto** in Zukunft wünscht, wird gebeten, bei der Girokasse den Antrag hierzu zu stellen. Auf Wunsch wird auch ein Antragsformular gern zugestellt.

Wegen Abbuchung der **Invaliden- und Krankenversicherungsbeiträge** kann der Antrag entweder bei der hiesigen Ortskrankenkasse oder bei der Girokasse vorgebracht werden.

Aue, 7. Februar 1924. **Die Stadtgirokasse.**

Städtische Gewerbeschule Aue.

Anmeldungen für Ostern 1924 werden **Sonntags** von 9—12 und **Montags, Dienstags, Mittwochs** von 12—1 und 3—5 entgegengenommen. Bei der Anmeldung hat der gesetzliche Vertreter mit dem Schüler zu erscheinen. Geburtsschein und letztes Schulzeugnis sind mitzubringen.

Letzter Anmeldetag: Mittwoch, den 20. Februar 1924.

Bang, Direktor.

Fritz Thyssen über die Ruhrbesetzung.

Fritz Thyssen hat dem Sonderberichterstatter des „Journal des Débats" im Ruhrgebiet, der kürzlich eine Unterredung mit Hugo Stinnes veröffentlichte, ebenfalls eine Unterredung gewährt, in der er sich über die künftigen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland und die Regelung der Reparationsfrage aussprach. Thyssen erklärte, die augenblickliche Politik scheine ihm nicht geeignet, eine Verständigung zu erzielen. Zwischen Frankreich und Deutschland stehe die Ruhrbesetzung, die trennend wirke, und die Deutschland niemals annehmen könne. Deutschland wolle Reparationen zahlen, aber es sei notwendig, daß man ihm hierzu die Mittel lasse. Stinnes habe ja bereits erklärt, daß die Verträge mit der Micum nicht bestehen bleiben könnten, da man Privatschulden auf sich nehmen solle, die durch den Staat getragen werden müßten.

Im Ruhrgebiet wisse man nicht, wer regiere: Frankreich regiere, Belgien regiere, Berlin regiere, und alle Welt befehle. Die Bevölkerung befinde sich nicht nur in einer sehr schweren materiellen, sondern auch in einer sehr schwierigen moralischen Lage. Wenn man Entscheidungen treffe, müsse man sich fragen, ob man sich nicht zu weit vom nationalen Standpunkte entferne. In Deutschland sei das Kapital verschwunden. Daraus erklärten sich die ungeheuren Schwierigkeiten, Geld zu erlangen. Das wirtschaftliche Leben sei so beschwert, daß, wenn morgen im Ruhrgebiet alle Produktionsmittel Deutschland zurückgegeben würden, noch lange Zeit notwendig sein würde, ehe es sein Gleichgewicht und seine Prosperität wiedererlangt hätte.

Thyssen sprach sich alsdann noch über die deutsche Kapitalflucht aus und erklärte, wenn es ein Mittel gäbe, die von Deutschen im Auslande untergebrachten Kapitalien zurückzuführen, würde man von dem Erfolge sehr enttäuscht sein. Der Betrag der deutschen Guthaben werde seiner Ansicht nach stark überschätzt. Thyssen wandte sich gegen die französische Auffassung in der Reparationsfrage, daß man in der heutigen Zeit ein Volk noch mit Mitteln regieren könne, die einer vergangenen Epoche angehörten. Frankreich habe die Macht der Waffen für sich. Aber es stelle sich heraus, daß seine Währung an Wert verliere. In Frankreich müsse man sich fragen, ob das nicht zum Teil von der französischen Politik herrühre. Thyssen trat für die Regelung der interalliierten Schulden durch Warenlieferungen ein. Die Forderungen in bar zu bezahlen, erscheine im höchsten Grade widerspruchsvoll, und durch derartige Widersprüche erklärten sich auch alle Schwierigkeiten der Reparationsfrage. Um zu bezahlen, sei Geld notwendig, um es zu verdienen, müsse produziert werden und die Produktion setze Kredit voraus sowie Sicherheiten. Dies sei in Deutschland nicht vorhanden. Darüber hinaus aber müsse das deutsche Volk, um seine Verpflichtungen abzutragen, mehr arbeiten denn je. Es sei einer der schwersten Fehler des republikanischen Regimes gewesen, daß es den Versailler Vertrag unterzeichnet habe. Die Arbeiter müßten darüber aufgeklärt werden, daß Arbeit eine nationale Pflicht sei, die sich gebieterischer denn je aufdränge. Nach Thyssens Ansicht wäre es im Interesse der Reparationen besser gewesen, wenn Deutschland eine Rechtsregierung gehabt hätte. Sie allein wäre imstande gewesen, die auf allen Seiten notwendigen Opfer durchzusetzen.

Neues aus aller Welt.

Zu dem Film-Unglück in Rom.

Zu dem bereits gemeldeten Unfall bei der Filmaufnahme in Rom, dem ein Statist zum Opfer fiel, wird weiter gemeldet, daß die Behörde die beiden Regisseure des Films, Georg Jacoby, ein Berliner, und den Sohn Gabriele d'Annunzios, Gabrielino d'Annunzio sucht, die sich bisher aber der Festnahme entziehen konnten. Nach italienischem Gesetz ist eine Verhaftung nur dann möglich, wenn die Täter auf frischer Tat ertappt werden, wogegen nach 24 Stunden diese Möglichkeit erlischt. Dann ist die Ausstellung eines besonderen Haftbefehles notwendig. Berliner Abendblätter berichten hierzu noch folgendes:

Nach einer Meldung aus Rom brachen dort bei der Aufnahme des von einer deutschen Filmgesellschaft gekurbelten Films über den Roman „Quo vadis" plötzlich 40 Löwen, die bei der Aufnahme von Neros Christenverfolgung verwendet wurden, aus. Unter den 4000 Statisten entstand eine furchtbare Panik, die dadurch vergrößert wurde, daß ein großer Teil der Massendarsteller, die bei derartigen Aufnahmen auf hohen, eigens dazu gebauten Gerüsten untergebracht sind, wild durcheinander liefen und sich im Gedränge gegenseitige Verletzungen beibrachten. Die Löwen selbst konnten von ihrem Dompteur sehr schnell wieder beruhigt werden. Interessant ist übrigens, daß die Löwen vor längerer Zeit von dem bekannten Dompteur Schneider aus Dresden nach Rom gebracht worden sind, wo sie schon bei verschiedenen Szenen mitgewirkt haben. Schneider dirigierte die Tiere, wenn sie mitspielten, stets selbst. Im vorliegenden Falle mimte er einen Sklaven.

Es hat sich übrigens schon vor 14 Tagen ein ähnliches Ereignis abgespielt. Damals war der Hauptdarsteller der Berliner Schauspieler Emil Jannings, der die Rolle des Nero spielte, in Gefahr, von einer Löwin angegriffen zu werden. In der Szene, in welcher Nero, auf eine Sänfte liegend, von einer Terrasse aus die „lebenden Fackeln" beobachtete und auf seinem Schoße drei junge Löwen hält, mit denen er spielte, wurde während der Aufnahme die Mutter der Jungen von dem „Sklaven" Schneider an die Stufen der Terrasse geführt. Schneider hielt sie nach Art der Kriminalbeamten mit einem dünnen Draht, der um sein Handgelenk befestigt war, am Halsband fest. Plötzlich, das Tier war erst ganz ruhig, erblickte die Löwin, den Kopf wendend, den Kaiser Nero mit ihren Jungen und mit einem einzigen Satze, ihren Wärter mit sich schleifend, sprang sie die sechs Stufen zur Sänfte hinauf. Nero (Janning) mit einem ebensolchen Satze von der Sänfte herunter und zum Atelier hinaus. Die acht Sklaven, die die Sänfte hielten, sprangen zur Seite und kletterten in wilder Panik das Wandgerüst des Ateliers hinauf. Die Löwin selbst, durch die schreienden und kreischenden Sklavinnen und Senatorenfrauen, die auseinanderstiebenden Senatoren, an ihrer Spitze Petronius-Habe, und durch die grellen Lichter erschreckt, verkroch sich unter die Sänfte zu ihren Jungen. Sie wurde von Schneider in ihren Käfig zurückgebracht. Janning, der zur Zeit wieder in Berlin ist, teilt zu der Unglücksszene mit, daß es sich dabei offenbar um eine Massenszene gehandelt habe, bei der etwa 7000 Menschen in Logen und Rängen des Amphitheaters sitzen. Die Christen, die den Löwen zum Fraße vorgeworfen werden, werden übrigens durch Puppen dargestellt, die mit rohem Fleische ausgestopft sind, auf die sich die Löwen, die einige Tage vorher nicht viel zu fressen erhalten, mit besonderem Ungestüm stürzen.

• • •

Wieder ein großer Sprengstoff-Diebstahl. Nachts wurde ein von der Sprengstoffabrik in Schönebecke kommender Güterwagen, der auf dem Bahnhof in Cöthen umrangiert werden sollte, erbrochen und beraubt. Es fehlen zwei Kisten mit Sprengstoffen. Die Kisten fand man später in einem leeren Güterwagen; eine völlig geleert, in der anderen war noch ein geringer Rest des Sprengstoffs. Man vermutet Kommunisten als Täter, da sich in diesen Kreisen in letzter Zeit eine ungewöhnlich rege Agitationstätigkeit geltend machte. Von den Magdeburger Untersuchungsbehörden werden sofort umfassende Nachforschungen nach den Tätern eingeleitet.

Diktator Schindelbeck. Die Anarchie in Pirmasens dauert an. Von dem separatistischen Bezirkskommissar Schwab ist ein vielfach mit Zuchthaus vorbestrafter Gelegenheitsarbeiter namens Schindelbeck zum Diktator von Pirmasens ernannt worden.

Nacktänze in der weltlichen Schule. In der für den Religionsunterricht abgemeldete Kinder eingerichteten Sammelschule Berlin-Moabits haben in diesem Winter unter Leitung eines Junglehrers gymnastisch-rhythmische Uebungen für Knaben und Mädchen gemeinsam stattgefunden, wobei diese Kinder völlig unbekleidet waren. Sogar auf einem öffentlichen Elternabend sind Knaben und Mädchen der Oberstufe völlig unbekleidet aufgetreten. Es ist bei Beurteilung dieser Zustände besonders zu beachten, daß die Sammelschule Ostern 1923 eingerichtet ist, die Knaben und Mädchen also nicht etwa im Geiste einer naturgemäßen Lebensgestaltung von klein auf erzogen sind, sondern daß es sich um zusammengewürfelte Großstadtklassen handelt. — Diese Art Schulerziehung steht nicht einzig da, denn in einer Gerichtsverhandlung hat ein Zeuge über die Geraer Versuchsschule ausgesagt: „Wenn ich Ihnen sage, daß Nacktänze in der Schule aufgeführt werden, dann werden Sie wohl staunen."

In Berlin kosten die Eier 16—21 Pfennig, Zitronen gibt es 24 Stück auf eine Rentenmark. Ja Berlin!

18 Selbstmorde in Berlin in fünf Tagen. Vom 1. bis 5. Februar sind in Berlin 18 Selbstmorde wegen Nahrungssorgen polizeilich gemeldet worden. Unter den Selbstmördern befinden sich vier Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten, ein Arzt und drei Erwerbslose.

Dämon.

Haferlsöckchen sind Mode. — Nicht etwa in der Großstadt. Da bekommt man jetzt an einem kalten Tage höchstens zwei, drei Fälle zu sehen. Nein, Haferlsöckchen sind bei uns Mode, bei uns, wo man den „Buglbärbaam" mit Ekstase singt und sich mit Glück auf! verabschiedet, wo die Menschen so sehr mit der alten erzgebirgischen Treu' ausgepolstert sind, daß Stapoposten mit aufgepflanztem Seitengewehr herumlaufen müssen.

Diese Haferlsöckchen sind wirklich etwas ganz Besonderes. Es handelt sich bei ihnen nicht etwa darum, daß der Fuß sorglich umhüllt und schön warm sei, sondern um den farbenprächtigen Wulst, der die Knöchel schmückt. Das ist es! Man könnte doch sonst auch Söckchen ohne Wulst tragen? von denen man garnichts sähe. Aber umgekehrt wird ein Haferlsöckchen draus! Um den Fuß braucht nichts zu sein. Der Wulst ist obligat — und ein anscheinend sehr guter Magnet für Männeraugen.

Ja, Mode! — Wenn dieser geheimnisvolle Dämon plötzlich auf den Gedanken käme, man müsse, wenn man unter diesem „Buglbärbaampolke" oder auch sonstwo für chic, elegant, modern, auf der Höhe der Kultur stehend oder sonst was gelten will, sich die Lippen blau färben und die Backen tätowieren: da würde es eben auch gemacht werden.

Denn modern möchte doch jeder sein und jede.

Dabei fällt mir [illegible] etwas anderes ein, wo sich auch dieses dämonische Etwas, das man Mode nennt, auswirkt: das Bananenlied. Neugierig kann man sein, wie lange es noch dauern wird, bis dieser Gesang auch bei uns sich eingebürgert hat. Vorderhand ist es ja noch fast völlig unbekannt. Aber in Berlin kommt er schon beinahe aus der Mode und infolgedessen rückt die Zeit nahe herbei, wo es bei uns Mode wird.

Das Lied selber ist komplett blödsinnig. Die „Sa—lome, schönste Blumä des Morgenlands" war geradezu eine Perle dagegen. Aber anscheinend hat das Bananenlied justament wegen dieser immer und überall sehr ansprechenden Eigenschaft einen solchen Siegeslauf antreten können. Denn nur der Unsinn setzt sich durch, nur der Unsinn, der mit der Mode nebenbei bemerkt verwandt oder verschwägert ist, vermag es, die Völker zu hypnotisieren und sich untertan zu machen.

—e.

Der tote Gast.

Novelle von Heinrich Zschokke.

(19. Fortsetzung.)

Herr Bantes sah den Buchhalter lange mit starrem Blick an, worin Unglauben und Befremden zu kämpfen schienen: lachte endlich laut und übermäßig und rief: „Treibt denn der Teufel seinen Spaß mit uns, daß der gerade am ersten Adventssonntage einpassieren muß?"

„Und gerade wie die Kirche aus war," sagte der Buchhalter, „gerade wie die Leute über die Gasse liefen und Wind und Regen, so zu sagen, am allerschrecklichsten stürmten."

„Wie heißt denn der Fremde?" fragte Herr Bantes.

„Mir nicht bekannt," antwortete der Buchhalter; „der aber gibt sich am Ende Namen, wie er will. Bald ist er ein Herr von Gräbern, bald ein Graf von Altenkreuz. Es ist mir, so zu sagen, bedenklich, daß er geradezu ins schwarze Kreuz einkehrt. Der Name scheint ihn angezogen zu haben."

Herr Bantes schwieg eine Zeit lang ganz ernsthaft und nachdenkend, fuhr sich endlich mit der Hand rasch über das Gesicht und sagte: „Ist nichts als Zufall, sonderbarer Spaß des Ungefährs. Denkt doch nicht an den toten Gast und dergleichen. Possen! Aber ein eigener Zufall ist es, ein toller Streich! Gerade am Adventssonntage, im schrecklichsten Wetter, lang, schwarz, blaß die Fingerringe, die Equipage — ich würde kein Wort davon glauben, Buchhalterchen, wenn Sie nicht ein vernünftiger Mann wären. Aber, nichts für ungut, Sie hörten das Märchen vom toten Gast, sahen einen Fremden; hatte schwarze Kleider: flugs spielt Ihnen die gottlose Einbildungskraft einen Hexenstreich und setzt Ihnen, was noch fehlt, hinzu."

Dabei blieb es. Herr Bantes ließ sich auf keine anderen Gedanken bringen.

Die Erscheinung.

Der tote Gast war nun das Gespräch über Tische bei der Mahlzeit. Man freute sich, bald mehr über ihn zu vernehmen, und gewisse Auskunft über den Fremden in der heutigen Winterabendgesellschaft beim Bürgermeister zu erhalten, und wenn auch nicht aus offiziellem Munde des Stadthauptes, doch durch die Frau Amtsbürgermeisterin, welche, ohne Hilfe geheimer Polizei, ununterbrochen eine wahre Tag- und Nachtchronik von Herbesheim hielt. Die Frauenzimmer fuhren sogleich nach Beendigung des nachmittäglichen Gottesdienstes zu ihr. Herr Bantes versprach, sobald es dunkel werden wollte nachzukommen; er hatte noch einige Geschäfte mit Leuten aus seiner Fabrik abzutun, die er gewöhnlich an Sonntagsnachmittagen zu sich kommen ließ.

Er war eben im Begriff, den letzten dieser Leute abzufertigen und sich auf den Weg zur Wintergesellschaft zu machen, als plötzlich ein durchschneidender weiblicher Schrei geschah. Herr Bantes und der Fabrikarbeiter erschraken heftig. Es war tiefe Stille.

„Sieh doch einmal nach, Paul, was begegnet ist!" sagte Herr Bantes zum Arbeiter.

Dieser ging, kam aber nach wenigen Augenblicken mit ganz verstörter Miene zurück, und konnte kaum halblaut mit bebender Stimme sprechen: „Es verlangt Sie jemand zu sehen."

„Nur herein!" sagte Herr Bantes ärgerlich. Paul öffnete die Tür, und es trat ganz langsam ein Fremder herein. Es war ein hagerer, langer Mann, in schwarzen Kleidern; das Gesicht zwar von angenehmen, feinen Zügen, aber bleich. Durch das dicke, schwarze Seidentuch um den Hals ward die Blässe noch gesteigert recht totenhaft. Die saubere Kleidung, die äußerst feine Wäsche, deren Schneeglanz unter der schwarzen Seidenweste hervorstach die reichen Ringe, welche von den Fingern blitzten, der Anstand in allem Aeußeren verriet den Fremden als einen Mann von höherem Stande.

Herr Bantes starrte den Unbekannten an. Er sah den toten Gast vor seinen Augen, faßte sich aber, so gut er konnte und sagte, indem er sich mit etwas erschrockener Höflichkeit gegen den Eintretenden verneigte, zum Arbeiter: „Paul, du bleibst hier! Ich habe dir nachher noch etwas zu sagen."

„Es freut mich das Glück, Herr Bantes, Ihre Bekanntschaft zu machen!" sagte der Fremde leise und langsam. „Ich würde meine Aufwartung schon am Morgen gemacht haben, hätte ich nicht Ruhe von der Reise nötig gehabt und Furcht gehabt, Sie und die Ihrigen sogleich nach meiner Ankunft unangenehm zu belästigen."

„Viel Ehre, viel Ehre!" erwiderte Herr Bantes mit einiger Verlegenheit. „Aber —" Es überfiel ihn ein unwillkürliches Grausen. Er traute seinen Augen kaum. Er rückte dem Fremden einen Stuhl hin und wünschte ihn doch hundert Meilen weit von sich.

Der Fremde verneigte sich langsam, nahm Platz und sprach: „Sie kennen mich nicht; aber erraten ohne Zweifel, wer ich bin?"

Es ward dem Herrn Bantes, als sträubten sich unter seiner Perücke alle Haare bergan. Er schüttelte höflich und ängstlich den Kopf und sagte mit erzwungener Freundlichkeit: „Ich habe nicht die Ehre, Sie zu kennen."

„Ich bin Hahn, der Sohn Ihres alten Freundes!" sprach der tote Gast mit hohler Stimme und lächelte den Alten an dem das Lächeln das Herz erstarrte.

„Sie haben keinen Brief von meinem alten lieben Freund?" fragte Herr Bantes. Jener wickelte eine prächtige Brieftasche auf und übergab ein Schreiben. Es enthielt nur wenige Zeilen zur Empfehlung und die Bitte, dem Ueberbringer alles zur Eroberung des Herzens der Braut zu erleichtern. Die Schriftzüge hatten wohl viel Aehnlichkeit mit der Hand des alten Bankiers, doch schien etwas Fremdartiges darunter.

(Fortsetzung folgt.)

Radio-Rundfunk-Apparate
Original-Telefunken

Ausführung vorschriftsmäßiger und betriebssicherer

Radio-Antennen-Anlagen

sowie alle Zubehörteile, Doppelkopfhörer, Antennenlitze, sämtliches Porzellanmaterial, Spannungsmesser, Anodenbatterien, Heizbatterien.

Ladestation für Radio-Heizbatterien.

Ingen. Ernst Lange, Aue, Erzg.

Bahnhofstraße 4.

Fachmännische gut eingeführte Untervertreter gesucht.

Carola Theater
Lichtspiele
Wettinerstr. 15 **Aue** i. Erzgeb. Wettinerstr. 15

Nur noch bis Sonntag

III. Teil des größten und schönsten amerikanischen Riesen-Sensationsfilms

Mit Stanley im dunkelsten Afrika.

„Menschenjagd"

6 Akte! 6 Akte!

Sensation folgt auf Sensation!

„Verspielt"

Ein Drama in 5 Akten.

Wochentags Anfang 6 und ½9 Uhr.
Sonntags Beginn ab 4 Uhr.

Apollo-Lichtspiele
Lichtspielhaus ersten Ranges
Bahnhofstr. 17. — Fernr. 768.

Nur noch bis Sonntag, den 10. Februar

Die Affäre der Baronesse Orlowsta

Die Geschichte eines jungen Adelsfräuleins von der Klosterschule bis zum Schafott.
Tragödie in 5 Akten.

Elmo der Furchtlose

II. Teil des amerikanischen Sensations-Abenteurerfilms
Titel:

„Flammen des Todes"

6 Akte.

Wochentags Anfang 6 und ½9 Uhr.
Sonntag Einlaß ½5 Uhr.

KOSTENLOSE REISE NACH AMERIKA

Wenn Sie Verwandte und Bekannte in Nord- oder Südamerika besuchen wollen, die die Überfahrt bezahlen können, dann teilen Sie uns deren genaue Adresse mit.

Wir werden uns mit diesen ohne Kosten für Sie in Verbindung setzen und dahin streben, Ihnen die Überfahrt sowie das sonst erforderliche Reisegeld zu beschaffen.

Fachmännischen Rat über alle einschlägigen Fragen erteilen wir Ihnen ebenfalls kostenfrei.

AUE: ALBIN ROSSNER,
Wettinerstrasse 33.
Fernsprecher Nr. 128.

Transmissionen

Vollständige Anlagen und alle Einzelteile. — Große Leistungsfähigkeit. — Meist ab Lager Beiderbar.

Hofmann & Sohn,
Maschinenfabrik,
Lößnitz-Dittersdorf.
Fernsprecher Amt Aue 740.

Aufpolstern v. Sofas 12 M. von Matratzen 5.50 M. Neue Matratzen von 35 M. an. Lieferung schnellstens.
Aue, Mozartstraße 9.

Zöpfe

empf. in großer Auswahl
Stern & Gauger
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

Pianos
Harmoniums
beste Fabrikate.
Stimmen u. Reparieren fachgemäß.
Eigene Fabrikation sämtlicher Streich-, Zupf- und Blas-Instr.

Auer Musikhaus, Aue
A. Gottbehüt
Fernsprecher Nr. 612 Wettinerstrasse Nr. 19.

Auer Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H.

Bei Bedarf von Drucksachen aller Art empfehlen wir unsre der Neuzeit gemäß eingerichtete Druckerei und bitten um Zuweisung von Aufträgen.

Buchdruckerei
Auer Tageblatt.

Wir suchen
zum sofortigen Antritt

Silberpolierer
Silberpoliererinnen
Heimarbeiter.

Sächsische Metallwarenfabrik
August Wellner Söhne
Aue i. Erzgeb.

Sonntag, den 10. Februar

Feine Ballmusik

Stadtpark
Muldental
Schützenhaus
Bürgergarten

Kennen Sie
? Lübkes neues Zahlungs-System ?

Es bietet allen Interessenten Vorteile.

Ich führe ein reichhaltiges Lager in **erstklassigen**

Nähmaschinen, Fahrrädern,

Pneumatic, Laternen, Glocken, sowie alle Ersatz- und Zubehörteile.

Aeußerste Preise! Reelle Bedienung!

Lübke, Fahrradh. Aue, Wettinerstraße 26.

Alle **Reparaturen** werden schnell und gut ausgeführt.

Tausche
meine 2-Z.-Wohnung, Küche u. Zubeh. in Chemnitz geg. selb. in Aue od. Umgeb. Näheres b. E. Mehnert, Aue, L.-Fischerstr. 711.

Möbl. Zimmer
gesucht. Angeb. u. A. T. 510 an das Auer Tagebl. erbeten.

Gobelin- und Küchensofa
verkauft billig
Albin Grohmann, Lindenstr.

Gute abgespielte **Geige**
preiswert zu verkaufen.
Zu erfragen im Auer Tagebl.

Reisender.

Suche für meine langjährig gut eingeführte Schokoladen-Großhandlung für **Aue und Umgebung** einen fleißigen Herren als Reisenden.

Herren, welche die Branche genau kennen, werden bevorzugt. Gehalt oder Provision nach Uebereinkunft.

Offerten an
Heinrich Tennhardt,
Schokoladen-Großhandlung,
Chemnitz, Bismarckstraße 45.

Aus frischen großen Ankünften

bietet an:

Schweineschmalz, „Swift's Purelard" Kisten u. Firkins
Rückenspeck, gesalzen, jede Stärke
Bauchspeck, gesalzen, jede Stärke
Gefrier-Schweine, frische Ware
Gefrier-Rindfleisch, argentinische schwere Ware
Speisetalg, extra feine Qualitäten auch in 1/1 Pfund
Lebern, gepökelt, besonders schöne Ware
Pansen, gefroren, gebrüht
Schweine-Masken, gepökelt
Molkerei-Butter, (Oldenburger Ware) in Kübel u. Tonnen sowie in 1/1 Pfund
Margarine, Oldenburger Fabrikate
Palmberg, (Kokostafeln)
Milchkonserven, deutsche u. amerikanische Qualitäten
Corned-Beef, „Swift-Marke"

und **garantiert alleräußerste** Tagespreise

Butter- u. Schmalzgroßhandlung
Erwin Trillenberg, Freiberg,
Groß-Importeur überseeischer Schlachthausprodukte
Telefon 978 u. 928. Kontor: Wernerstraße 1.
Kühlhallen:
Wasserturmstr. 3 und städtischer Schlachthof.

Tüchtiger Vertreter gesucht.

• Stoewer-Record
Schreibmaschine
mit autom. Luftdruckbremse für Dezimal-Tabulator, empfiehlt
Büro-Bedarfs-Ges.
Chemnitz, Kronenstr. 17. Auf Wunsch Teilzahlung ohne Aufschlag — **Vertreter** für einzelne Bezirke **gesucht.**

Sieber & Co. G. m. b. H. Aue
Großdestillation Fernruf Nr. 55
empfehlen
ff. Klösterleinlikäre **ff. Eiskümmel**
sowie **Tafelkümmel**
Eibenstöcker Bitterlikör
Armatic **ff. Schwedenpunsch**
und viele andere Sorten **Trinkbranntweine.**
Beste Bezugsquelle für Gastwirte.
Probieren Sie bitte in meinem Lokal
Gerichtsschänke
Schwarzenberger Straße 23,
da werden Sie das Beste vom Besten unterscheiden.

Honig
gar. rein in Mengen von 1½–9 Pfund versendet
Großimkerei Ebersbach i. Sa.

Bis 10 Mk. u. mehr täglich
Verdienst. Erwerb od. Nebenerwerb. Prospekt gratis.
P. Wagenknecht, Verlag, Leipzig.

Lautenspieler
zur Unterhaltung zum Bockbierfest gesucht.
Zu erfragen im Auer Tagebl.

Ein ehrl. **Mädchen**
für Geschäft u. Haushalt sofort gesucht. **Ernst Meichsner,** Kinderwagenhaus, Aue.

Vertreter
für leistungsfähige Schokoladenfabrik für dortigen Bezirk gesucht. Nur tüchtige Herren wollen sich melden. Angebote unter **O. R. 66** an die **Meeraner Zeitung,** Meerane i. Sa. erbeten.

Graveur
für unsere Schlosserei gesucht. Derselbe soll, da er in Stahlgravuren nicht das ganze Jahr beschäftigt ist, auch nebenbei **Aluminiumdosen gravieren.**
Ausführliche Angebote erbitten
Hutzler & Pretsfelder A.-G., Beierfeld.

Tüchtiger
Schablonenschneider
sofort in dauernde gute Stellung nach Dresden gesucht. — Offerten mit näheren Angaben unter D. L. 6368 **Rudolf Mosse, Dresden,** erbeten.

Oberhemden-Plätterinnen
stellt ein
J. Sinn, Aue.

Diensthabende Apotheke am 10. Februar
Adler-Apotheke.